

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

31.08.2016 - Neues Ballhaus im alten Gewand – Wiedereröffnung im Bergpark Wilhelmshöhe

Das Ballhaus im Bergpark Wilhelmshöhe hat nach eineinhalb Jahren Sanierungsarbeiten wiedereröffnet. Das Projekt wurde mit 5,4 Millionen Euro vom Land Hessen gefördert und ist Teil des 200-Millionen-Euro-Programms zur Neuordnung der Museumslandschaft Hessen.

Dazu die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller: „Das Ballhaus ist ein magisch-nostalgischer Ort in Kassel mit viel Charme und Herzlichkeit. Ich freue mich, dass der prächtig dekorierte Ballsaal wieder für Besucherinnen und Besucher die Türen geöffnet hat.“

Das Ballhaus wurde als Hoftheater in der Regierungszeit von Jérôme Bonaparte in 1810 errichtet. Nach und nach wurde es jedoch baufällig und renovierungsbedürftig. So wurde es schließlich sehr sorgfältig renoviert – u.a. wurden die imposanten Wand- und Deckenmalereien per Hand aufwendig restauriert, die Heizungs-, Lüftungs- und Sicherheitstechnik erneuert und ein neuer Außenanstrich verwendet.

„Die Sanierung des Ballhauses ist ein weiterer, wichtiger Mosaikstein des 200-Millionen-Euro-Programms des Landes Hessen und trägt zur Faszination der Museumslandschaft Hessen bei“, so Müller abschließend.

Rathausfraktion

30.08.2016 - Grüne: Zurück in die fünfziger Jahre

Die Grünen fordern seit langem, den Fußgänger*innen wieder Überwege an der Oberfläche zu ermöglichen. „Unterführungen stellen für viele Menschen Angsträume dar.

Für Rollstuhlfahrer*innen, Eltern mit Kinderwagen und Mobilitätseingeschränkte sind sie meist unüberwindliche Barrieren, was oft zu weiten und beschwerlichen Umwegen führt“, so Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin.

Deshalb sei der kontinuierliche Rückbau dieser Unterführungen ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer lebenswerten Stadt für alle Verkehrsteilnehmer*innen. Der Umbau des Altmarkts habe gezeigt, dass diese Verbesserung sogar ohne größere Einschränkung für den Autoverkehr möglich sei.

Bereits im Jahr 2003 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, die Tunnel durch

oberirdische Überwege zu ersetzen. Mit Bedacht wurde ca. die Hälfte der 18 einmal bestehenden Tunnel geschlossen und zum Teil verfüllt.

„Das Verfüllen der Unterführungen nach der Außerbetriebnahme ist ein folgerichtiger Schritt, um die Vermüllung und Verwahrlosung zu vermeiden. Für Reinigung und Instandhaltung würden sonst hohe Folgekosten entstehen.

Die Kritik der AfD-Vertreter zeigt, dass ihnen offensichtlich die Themen ausgehen.“ so Eva Koch.

Wie ernst soll man eine Partei nehmen, die die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als oberstes Leitziel ihrer Politik nennt und gleichzeitig fordert, dass diese Fußgängerunterführungen erhalten bleiben sollen, fragt Eva Koch.

„Wir warten bislang vergeblich auf Vorschläge der AfD, die die Sicherheit der Kassler Bürgerinnen und Bürger wirklich verbessern können,“ erklärt Eva Koch abschließend.

Nicole Maisch, MdB

25.08.2016 - Marktwächter – gute Bilanz mit Luft nach oben

Zur Bilanzpressekonferenz über die Marktwächter Finanzen und Digitale Welt erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Seit Start der Marktwächter Finanzen und Digitale Welt im Jahr 2015 haben sich diese als wichtige Instrumente bewährt. Wir haben seit 2008 deren Einrichtung gefordert, denn es ist dringend notwendig, dass der Markt systematisch und aus Verbrauchersicht auf Missstände hin untersucht wird. Was die Themen angeht, setzen sie die richtigen Schwerpunkte. Probleme mit Bausparkassen und Lebensversicherungen, Online-Vergleichsportalen oder Streamingdiensten betreffen Millionen von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Allerdings brauchen die Marktwächter eine bessere institutionelle Verzahnung mit den Aufsichtsbehörden, sonst verhallen ihre Rufe ungehört.

Die große Koalition ist gefordert, die Marktwächter mit einem formellen Anrufungsrecht gegenüber der BaFin und den anderen Aufsichtsbehörden in ihrem Zuständigkeitsbereich auszustatten. Außerdem benötigen unabhängige Strukturen wie die Marktwächter eine langfristige institutionelle Förderung statt eine auf wenige Jahre beschränkte Projektfinanzierung. Wenn SPD und Union der Verbraucherschutz wirklich wichtig ist, sorgen sie mit diesen Maßnahmen dafür, dass die Marktwächter noch besser Zähne zeigen können.

Nicole Maisch, MdB

24.08.2016 – Zu viel Zucker: Foodwatch Studie muss Bundesregierung zum Handeln bringen

Anlässlich der heute von foodwatch vorgestellten Studie über zuckerhaltige Getränke, erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Die Studie zeigt ganz eindeutig, dass der übermäßige Verzehr von sehr zuckerhaltigen Getränken das Risiko für Übergewicht und Adipositas erhöht – besonders bei Kindern und Jugendlichen. Daran ändert auch das Lobbying und Marketing der Getränkehersteller nichts. England, wie bereits auch Frankreich, Belgien und Mexiko, haben neue bemerkenswerte Wege beschritten, um Fehlernährung durch zu viel Zucker zu beenden. Englands Modell, besseres Schulessen durch eine Zuckersteuer zu refinanzieren, werden wir genau beobachten und prüfen, ob und wie erfolgreich es ist. Vereinzelt Stimmen aus der Regierungskoalition für eine solche Steuer sprechen dafür, dass dort das Problem zumindest erkannt wird.

Wir fordern sie auf, schon jetzt Verbesserungen in Deutschland zu ermöglichen: Eine Nährwertampel würde zumindest Transparenz darüber schaffen, welche Lebensmittel aufgrund überhöhtem Zuckergehalts riskant sind. Es wäre ein wichtiger Baustein, um mehr für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen tun zu können. Weitere müssen folgen.

Wir brauchen eine gesamtheitliche Strategie mit unterschiedlichen Maßnahmen gegen nachweisliche Fehlernährungen: Dazu zählen der Ausbau einer flächendeckenden und gesunden Kita- und Schulverpflegung sowie verbindliche Qualitätsvorgaben für die Gemeinschaftsverpflegung in Erziehungs-, Bildungs- und Pflegeeinrichtungen. Werbung für zu süße Lebensmittel, die sich an Kinder unter 14 Jahren richtet, muss eingeschränkt werden. Und wir brauchen eine verbrauchergerechte Verbesserung der Aufmachung und Kennzeichnung von Lebensmitteln.

Zudem müssten auch der Anteil für Nahrungsmittel im Hartz-IV-Regelsatz und das BAföG erhöht werden. Damit Lebensmittel insgesamt gesünder werden, muss die Bundesregierung ihre Reduktionsstrategie für Zucker, Salz und Fett endlich auf den Weg bringen.

Kreisverband

14.08.2016 - Finanzielles Risiko begrenzen

„Die Gesellschafter sind gefordert, das wirtschaftliche Abenteuer am „Kassel Airport“ klar und deutlich im Blick zu behalten. Wir dürfen nicht unbegrenzt, Steuergelder für Nordhessen in Höhe 6 bis 10 Millionen Euro jährlich in eine Idee stecken, die bundesweit nicht läuft. Irgendwann muss Schluss sein

dürfen.“ sagt Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen. Die Aussage von Oberbürgermeister Hilgen, es bedürfe <<einer Reihe von Jahren>>, müsse beziffert werden. „Wir können über eine Perspektive reden, aber wir können nicht endlos Geld zur Verfügung stellen. Das lässt unser städtischer Haushalt auf Dauer nicht zu.“ Die Haltung der Kasseler Grünen sei hinlänglich bekannt. „Wir haben immer einen bedarfsangepassten Ausbau gefordert. Nun kommt der teure Neubau nicht ins Rollen, da gebietet es die Vernunft das Projekt und alle Optionen zu prüfen.“ erinnert Mijatovic.

„Für das Geld, aktuell 6 Millionen Euro jährlich, lassen sich bessere Projekte finden, die in Nordhessen für die regionalwirtschaftliche Entwicklung, für mehr Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung sorgen.“ appelliert Mijatovic. Nach Auffassung der Kasseler Grünen verdanke die Stadt Kassel ihren Aufschwung der letzten Jahre gerade nicht dem ‚Kassel Airport‘. „Vielmehr haben sich die Investitionen in Bildungs- und Betreuungsangebote, die Kulturlandschaft, die Universität sowie die vergleichsweise günstigen Mieten und die Lage in der Mitte Deutschlands mit der guten Nord-Süd-Achse der Bahn bezahlt gemacht. Hier gilt es weitere Ideen zu entwickeln und wirtschaftliche Kraft zu bündeln.“ fordert Mijatovic.

Karin Müller, MdL

13.08.2016 - Flughafen Kassel-Calden: Unbegrenzte Subventionierung ohne Evaluation ist kein Zukunftskonzept

Nachdem der Oberbürgermeister der Stadt Kassel heute erklärt hat, dass er Steuergeld in unbegrenzter Höhe und auf unbestimmte Dauer in den Flughafen Kassel-Calden investieren will, erinnert die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die im Koalitionsvertrag vereinbarte ergebnisoffene Überprüfung des Betriebskonzepts in 2017: „Eine unbegrenzte Subventionierung mit Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger für einen Regionalflughafen ohne genügenden Bedarf kann kein Zukunftskonzept sein.“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der GRÜNEN im Landtag. „Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung haben wir daher vereinbart, dass die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt zum Betrieb des Flughafens kontinuierlich sinken müssen und das Betriebskonzept des Flughafens 2017 insgesamt überprüft wird. Dann wird sich zeigen, ob Calden als Verkehrsflughafen eine Zukunft hat.“

„Die regionale Entwicklung Kassels und der Umgebung hat auch ohne den Neubau des Flughafens Kassel-Caldens stattgefunden. Das liegt mehr an dem kontinuierlichen Ausbau der Universität Kassel mit ihren zahlreichen Ausgründungen vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien, dem guten Bildungs- und Betreuungsangebot der Region, dem Ausbau der Ganztagsangebote für Grundschulkindern oder auch

dem Ausbau der Museumslandschaft sowie der Stärkung der Documenta, als an dem Neubau des Flughafens“, unterstreicht Müller.

„Leider können wir das Steuergeld, das im Flughafen steckt, nicht zurückholen. Weder der Bau des Flughafens noch die dabei begangenen Fehler können rückgängig gemacht werden. Es muss nun vor allem um Schadensbegrenzung gehen“, betont Müller. „Wir GRÜNE haben immer davor gewarnt, dass der Neubau des Verkehrsflughafens ein Prestigeprojekt ist, das zu viel Geld kostet. Leider konnten wir uns mit diesen Warnungen nicht durchsetzen, der Neubau wurde beschlossen“, betont Müller.